

Antrag

**der Abgeordneten Birgit Stöver, Stephan Gamm, Silke Seif, Dr. Anke Frieling,
Prof. Dr. Götz Wiese (CDU) und Fraktion**

zu Drs. 22/8135

Betr.: Hamburgs Eltern bei den Kosten für das Schulessen entlasten und Qualität gewährleisten

Die Debatte um die Kosten für das schulische Mittagessen beschäftigt Hamburg bereits seit Längerem. Kurz vor der letzten Bürgerschaftswahl einigten sich die Freie und Hansestadt Hamburg und die Hamburger Caterer auf eine Preisanpassung, die aufgrund von Kostensteigerungen und dem Erhalt der Qualität dringend angesagt war. Die Erhöhung hat die Stadt, wie im Wahlkampf versprochen, zunächst selbst auszugleichen.

Die Schulbehörde beschloss dann aber zum 1. Februar 2022, die Beiträge der Eltern für das schulische Mittagessen anzupassen und die Erhöhung damit an die Eltern weiterzugeben.

Die CDU-Fraktion hat sich bereits 2020 für eine angemessene Entlohnung der Caterer bei gleichzeitiger Entlastung der Eltern sowie einem gesunden und qualitativ hochwertigen Schulessen eingesetzt (vergleiche Drs. 21/19728). Und ist davon ausgegangen, dass die Schulbehörde die Essenspreiserhöhung finanziell ausgleichen wird.

Da die Erzeugerpreise derzeit im Rekordtempo ansteigen, belastet dies auch die Hamburger Familien. Nicht nur bei Heizöl und Gas, sondern auch bei Lebensmitteln machen sich diese Preissteigerungen bemerkbar. Hinzu kommen die Auswirkungen der Corona-Pandemie wie Jobverlust, Kurzarbeit und Zukunftsängste.

Die Schulbehörde muss auch weiterhin die Eltern-Entlastung beim schulischen Mittagessen gewähren. Die CDU-Fraktion befürwortet zudem eine Übertragung der Sozialstaffelung auf die weiterführenden Schulen.

Auch muss die Essensqualität an Hamburgs Schulen endlich gewährleistet werden. Daher soll eine Umfrage an allen Hamburger Schulen unter den Schülerinnen und Schülern durchgeführt werden, um den Ist-Zustand zu erheben. Diese Ergebnisse sollen von der Schulbehörde für die Behebung der Schwachstellen genutzt werden. Darauf aufbauend soll eine jährliche Qualitätsüberprüfung vor Ort stattfinden und die Ergebnisse entsprechend evaluiert werden.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. die Preiserhöhung für das Schulessen für Hamburgs Eltern zurückzunehmen;
2. eine Übertragung der Sozialstaffelung beim schulischen Mittagessen auf die weiterführenden Schulen vorzunehmen;
3. eine Umfrage an allen Hamburger Schulen unter den Schülerinnen und Schülern zur Qualität der Mittagessensversorgung durchzuführen;

4. die Qualität des schulischen Mittagessens jährlich in den Schulen zu überprüfen und zu evaluieren;
5. für alle Maßnahmen die nötigen finanziellen Mittel bereitzustellen;
6. der Bürgerschaft bis zum 31. Juli 2022 zu berichten.